

Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Skandale in der Sozialwirtschaft schaden dem Vertrauen Sozialer Arbeit. Deshalb fordern wir gesetzlich verpflichtende Transparenzdatenbanken über Gehälter und Mittelverwendungen für Träger. Wie werden Sie sich für verpflichtende Transparenzregelungen in den Feldern der Sozialen Arbeit einsetzen?

Insbesondere weil es im sozialen Bereich in der Regel um die Verwendung öffentlicher Gelder geht, können wir GRÜNE uns Transparenzregeln bezüglich der Gehälter und der Verwendung der eingesetzten Mittel gut vorstellen.

2. Wie können Sie beeinflussen, dass Ausschreibungen für soziale Dienstleistungen Vorgaben zur Qualifikation der einzusetzenden Fachkräfte enthalten müssen und den Einsatz von „Subunternehmen“, d.h. prekär beschäftigten Honorarkräften, ausschließen?

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass soziale Dienstleistungen fair vergütet werden. Lohn- und Sozialdumping mittels Werk- oder Dienstverträgen lehnen wir ab. Deshalb fordern wir u.a., dass Betriebsräte ein Zustimmungsverweigerungsrecht beim längerfristigen Einsatz von Subunternehmensbeschäftigten im Unternehmen bekommen. Die öffentliche Auftragsvergabe wollen wir zudem stärker als bisher von sozialen und ökologischen Kriterien abhängig machen.

3. Welche Schritte werden Sie unternehmen, damit eine Integration von Tarifbindung an den TVöD in die Ausschreibungspraxen für soziale Dienstleistungen vorgenommen wird?

Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Deshalb fordern wir GRÜNE neben Landestariftreuregelungen auch ein Bundestariftreugesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten.

4. Zeitlich befristete Angebote durch Projektfinanzierungen haben wegen fehlender Konstanz negative Folgen für Adressat*innen und bieten unsichere Beschäftigungsperspektiven für Sozialarbeitende. Bewerten Sie die Rückkehr zu verlässlicher Regelfinanzierung für Angebote Sozialer Dienste als notwendig?

Sozialarbeiter*innen und Adressat*innen brauchen verlässliche Perspektiven. Deswegen ist eine verlässliche Regelfinanzierung sozialer Dienste unerlässlich. Insbesondere da, wo es um langfristige Aufgaben und Problemlagen geht.

5. Was werden Sie unternehmen, damit Zuwendungsgeber*innen zukünftig soziale Projekte mittel- bzw. langfristig fördern müssen? Wie setzen Sie sich für ehrliche politische Diskurse über Erfolgserwartungen und realistische Zielsetzungen ein?

Da, wo es sinnvoll ist, wollen wir GRÜNE Bundesprogramme und Bundesaufgaben im Bereich der Sozialpolitik verstetigen und dauerhaft finanzieren. Darüber hinaus wollen wir die Kommunen finanziell stärken und sicherstellen, dass sie ihre Aufgaben in der Sozialpolitik erfüllen können.

6. In nahezu allen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit bestimmen Personalschlüssel die Arbeitsbedingungen sowohl hinsichtlich Qualität als auch Arbeitszufriedenheit. Wie möchten Sie Personalbemessungsmodelle einführen und dafür sorgen, dass bundeseinheitliche Qualitätsstandards herrschen?

Für die Arbeit mit Menschen braucht es ausreichend Zeit und gute Arbeitsbedingungen. Ein wesentlicher Baustein ist dafür genügend Personal. Wir GÜNE wollen durch verbindliche Personalbemessungsinstrumente – auch in der Langzeitpflege –, mehr Mitsprache bei der Arbeitszeit und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, damit mehr Menschen gerne in sozialen Berufen arbeiten.

7. Die Lebenssituation in Sammelunterkünften und Lagern ist prekär und verschlimmert diverse Problemlagen geflüchteter Menschen. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit räumliche Kapazitäten sichergestellt werden, die die Einhaltung der Grundrechte und einen Infektionsschutz bieten?

Gerade die Coronapandemie hat die vielen Nachteile auf die körperliche und psychische Gesundheit der Menschen in den Unterkünften sehr deutlich gemacht und gezeigt, dass eine Unterbringung in Massenunterkünften keine Lösung ist. Im Rahmen der Coronapandemie haben wir GRÜNE uns deshalb für eine Aufhebung der Wohnsitzauflage, den Erlass von detaillierten Hygieneplänen und für eine dezentrale Unterbringung, z.B. in leerstehenden Hotels, stark gemacht. Wir fordern eine möglichst dezentrale Unterbringung, insbesondere von vulnerablen Gruppen. Integrationsfeindliche Regelungen wie Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage schaffen wir ab. Asylbewerber*innen sollen bis zum Abschluss des Asylverfahrens jederzeit Zugang zu einer nichtstaatlichen unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Ferner stärken wir den unterschiedslosen Zugang zu Wohnraum. Wir wollen auf europäischer Ebene einen kommunalen Integrationsfonds auflegen, um z.B. zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen zu fördern.

8. Wie werden sie sich dafür einsetzen, dass der Personalschlüssel von 1:50 in der Arbeit mit geflüchteten Erwachsenen, 1:20 in der Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen und von 1:10 in der Begleitung von Kindern, erhöht wird, damit fachliche Soziale Arbeit möglich wird?

Eine gute und erfolgreiche Arbeit mit Geflüchteten braucht Geduld, Verständnis und vor allem Zeit. Deswegen setzen wir GRÜNE uns für eine solide Finanzierung sozialer Dienstleistungen und einen angemessenen Personalschlüssel ein.